

Das Hungerproblem ist lösbar

Das Recht auf angemessene Nahrung sei nach wie vor das am meisten verletzte Menschenrecht, sagte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt bei der 2. Internationalen Ernährungskonferenz der Vereinten Nationen (UN) Mitte November in Rom. Die ASG befragte den innerhalb der Bundesregierung für das Thema „Welternährung“ federführenden Minister zu den Aussichten, Hunger und Armut zu überwinden.

Welchen Stellenwert hat das Thema „Hunger und Armut“ auf der internationalen Agenda?

Schmidt: In Rom auf der Welternährungskonferenz konnte man spätestens durch den eindrucksvollen Besuch des Papstes sehen, dass das Thema ganz oben steht. Es geht längst nicht mehr darum, nur den Hunger in der Welt zu bekämpfen, sondern alle Formen von falscher Ernährung sollen beendet bzw. verringert werden. Gut ist, dass das Bewusstsein in der internationalen Staatengemeinschaft steigt, dass die Land- und Ernährungswirtschaft eine entscheidende Rolle bei der Beseitigung von Hunger, Mangel- und Fehlernährung sowie Armut spielt.

Welche Maßnahmen sind vorrangig notwendig, um die Ernährungssituation zu verbessern?

Schmidt: Wir brauchen die Zusammenarbeit aller, um das große Ziel zu erreichen. Politik, Nicht-Regierungsorganisationen, Wissenschaft, die Land- und Ernährungswirtschaft, um nur einige zu nennen. Ich sehe es als einen ersten Erfolg an, dass das Recht auf Nahrung durch Richtlinien konkretisiert worden ist – wenn auch die Implementierung freiwillig ist. Wir brauchen auch hier eine verbindliche Freiwilligkeit, um die Land- und Ernährungswirtschaft auf ausgewogene Ernährung und sichere Lebensmittel auszurichten. Die Produktion und Produktivität in der Land- und Ernährungswirtschaft kann durch Forschung in nachhaltiger Weise vor Ort gesteigert werden.

Halten Sie das Ziel für realistisch, den Hunger auf der Welt bis 2030 vollständig zu überwinden? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

Schmidt: Ja, denn es ist ja weniger eine Frage der Produktion als eine Frage der Verteilung. Wir haben genug Lebensmittel, aber sie sind ungleich verteilt. Durch Krieg und eine schlechte Infrastruktur sind manche Regionen der Welt unterversorgt. Wichtig ist auch, dass endlich der Land- und Ernährungswirtschaft die Schlüsselrolle für nachhaltige Entwicklung zugestanden wird. Die einzelnen Länder und ihre Regierungen tragen hier die Verantwortung.



Quelle: BMEL/photothek.net/Thomas Köhler

Christian Schmidt hat am 17. Februar dieses Jahres die Nachfolge von Dr. Hans-Peter Friedrich als Bundeslandwirtschaftsminister angetreten. Der CSU-Politiker aus dem mittelfränkischen Oberzenn bei Bad Windsheim war zuvor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Davor war der stellvertretende CSU-Vorsitzende acht Jahre in gleicher Funktion im Bundesverteidigungsministerium tätig. Schmidt vertritt seit 1990 den Wahlkreis Fürth/Neustadt an der Aisch als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag. Der 57-jährige Jurist ist Landesvorsitzender des evangelischen Arbeitskreises in der CSU.

Was erwarten Sie vom „Global Forum for Food and Agriculture“ und dem Berliner Agrarministertreffen auf der nächsten Internationalen Grünen Woche Berlin?

Schmidt: Im kommenden Jahr haben wir beim GFFA den Schwerpunkt auf Bio-Ökonomie gelegt. Es geht also um nachwachsende Rohstoffe. Das heißt vor allem: Ernährung sichern hat Vorrang! Gleichzeitig bietet biobasierte Wirtschaft Chancen und kann einer nachhaltigen Entwicklung dienen. Diese Zielkonflikte und Nutzungskonkurrenzen um knappe Ressourcen sind eine große Herausforderung für eine kohärente Agrarpolitik, die nur in der internationalen Diskussion zu lösen ist. ■ Rainer Münch